

Beantwortung der Wahlprüfsteine der



Bürgerinitiative „Unsere Altstadt“

WOHN- UND LEBENSQUALITÄT KOBLENZER ALTSTADT-INNENSTADT



Ernst Knopp

Oberbürgermeisterkandidat

Frage: Die kommerzialisierte Veranstaltungsdichte in der Altstadt führt immer wieder zu Interessenskonflikten (Lautstärke, Vermüllung, Einschränkungen usw.). Wie würden Sie versuchen hier einen Ausgleich zu finden?

Antwort: Dieses Thema begleitet uns fortlaufend, und ich stehe hierzu in engem Austausch mit der zuständigen Bürgermeisterin. Besonders wichtig ist mir die konsequente Kontrolle zur Einhaltung der Auflagen für genehmigte Veranstaltungen. Als CDU-Fraktion konnten wir in der Vergangenheit bereits eine deutliche Aufstockung des Personals im Ordnungsamt erreichen.

Oft wird jedoch übersehen, dass die Stadt in vielen Fällen durch übergeordnete Gesetzesvorgaben eingeschränkt ist, wodurch eigenständiges Handeln nahezu unmöglich wird. Die Idee mit Hinweisschildern oder -zetteln, die – soweit ich mich erinnere – auch von Ihrer Initiative in die Diskussion eingebracht wurde, halte ich nach wie vor für sehr sinnvoll und sollte erneut aufgegriffen werden.

Darüber hinaus halte ich die Einführung einer „Mängelmelder“-App für eine gute Möglichkeit, um unkompliziert und niedrigschwellig Missstände in der Stadt zu melden. Eine solche App könnte es der Stadt ermöglichen, proaktiver auf Probleme zu reagieren und gleichzeitig die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden. Damit ließe sich zudem das Bewusstsein für Sauberkeit und Ordnung in der Altstadt stärken und eine Kultur der gemeinsamen Verantwortung fördern.

Frage: Sauberheit und Sicherheit sind ständige Diskussionsthemen. Einiges ist auf einem guten Weg. Wie stehen Sie zu Fragen der Aufstockung des Personals der Strassenreinigung / Betten- + Verpackungssteuer / Ferienwohnungsreglementierung / Verweilverbotszonen und Videoüberwachung?

Antwort: Die Personaldiskussion ist Ämterübergreifend immer ein Thema in Rat und Verwaltung. Insgesamt sind wir stellenplanmäßig ausreichend aufgestellt. In den einzelnen Bereichen ist oftmals nicht der Stellenplan das Hindernis, sondern schlichtweg die Besetzung bestehender Vakanzen. Es fehlen oftmals ausreichend Bewerber auf die Stellen.

Eine mögliche Besucherabgabe ist derzeit in der Diskussion im Rat und wird nach der Sommerpause behandelt. Hier hängt vieles auch davon ab, ob man eine zweckgebundene Gebühr erheben will, die dem Tourismus zugutekommt oder die Einnahmen dem allgemeinen Haushalt zufließen.

Dem Thema einer Verpackungssteuer stehe ich, nachdem dieses nun abschließend rechtlich geklärt ist, offen gegenüber.

Das Thema Wohnraum ist ein ebenso dauerhaftes Thema. Wir brauchen zusätzlichen Wohnraum und haben uns im Grundsatz im Rat darauf verständigt, der Umwidmung in Ferienwohnungen keine Priorität einzuräumen. Verweilverbotszonen, Videoüberwachung sind gute Beispiele dafür, dass hier eine Stadt das nicht tun darf aufgrund landesgesetzlicher Regelungen. Sie dürfen weder durch Allgemeinverfügungen noch durch eigene Initiative solche Maßnahmen anordnen. Hierzu bedarf es immer der

Einwilligung u. a. des Landesdatenschutzbeauftragten, der jegliche Anträge rigoros ablehnt.

Frage: Was wäre Ihr Konzept zum Münzmeisterhaus?

Antwort: In der Vergangenheit wurden bereits viele Optionen für das Münzmeisterhaus diskutiert. Zunächst gilt es jedoch, das laufende Gerichtsverfahren abzuwarten, damit ein Rückkauf in das Eigentum der Stadt möglich wird. Im Anschluss kann auch die Zukunft des Marktes im Zusammenhang mit dem Münzmeisterhaus neu betrachtet werden.

Ideen wie eine gastronomische oder kulturelle Nutzung sollten dann erneut auf den Prüfstand, sobald die Eigentumsverhältnisse endgültig geklärt sind. Fest steht: Das Münzmeisterhaus muss erhalten und einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.

Ich habe zudem den Vorschlag eingebracht, das Gebäude über ein Genossenschaftsmodell der Allgemeinheit zugänglich zu machen. So könnten engagierte Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Rettung und dem späteren Betrieb mitwirken – ein Beispiel hierfür ist das Projekt „Leutkircher Bürgerbahnhof eG“ (siehe: <https://genossenschaften.de/de/leutkircher-buergerbahnhof-eg/>).

Frage: und zur "Alten Burg"?

Antwort: Es ist bedauerlich, dass in der Diskussion um die Innenstadt oft nur einzelne Aspekte isoliert betrachtet werden. Gerade im Zusammenhang mit der Alten Burg haben wir alles darangesetzt, ein weiteres Sanierungsgebiet „Lebendige Innenstadt“ zu schaffen – und dies gemeinsam mit dem damaligen Baudezernenten Flick trotz mancher Widerstände erfolgreich umgesetzt.

Ohne die Ausweisung eines solchen Gebietes wären viele Projekte allein aus fördertechnischer Sicht gar nicht realisierbar. Daher müssen in die Beantwortung dieser Frage auch ein stimmiges Verkehrskonzept sowie weitere zentrale Entwicklungsthemen – wie etwa die Moseluferstraße oder die Neugestaltung des Florinsmarkts – mit einbezogen werden.

Frage haben Sie Ideen zur Aufwertung "vergessener" Orte der Altstadt (z. Bsp. Innengelände Gemüsegasse / Mehlgasse, Kaltenhof)?

Die Idee der „Spurensuche“ ist aus meiner Sicht ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Attraktivität. Im touristischen Bereich sollte bei Führungen vor Ort ebenso wie in Printmedien noch stärker darauf hingewiesen und das Thema gezielt hervorgehoben werden.

Frage: Wo liegen Ihre Schwerpunkte im Bezug zu den 23 Punkten der "Lebendige Innenstadt"?

In der Vergangenheit wurde leider viel Unruhe in diesem Themenfeld erzeugt. Teilweise entstand der Eindruck, dass das beauftragte Büro für die direkte Umsetzung eines solchen Konzeptes verantwortlich sei – was faktisch nicht zutrifft. Zunächst gilt es, die Vielzahl an Ideen – und mehr sind es bislang noch nicht – zu bündeln und anschließend in einen konstruktiven Dialog mit den Menschen in den einzelnen Quartieren zu treten. Dabei müssen berechnete Interessen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

Pauschale Forderungen, wie etwa eine komplett autofreie Innenstadt, stoßen häufig auf geringe Akzeptanz und unterlaufen den Ansatz einer ganzheitlichen Betrachtung, die alle Interessen berücksichtigt. Ziel muss es daher sein, nicht nur Aufenthaltsdefizite zu identifizieren, sondern auch auf mögliche Fehlentwicklungen zu reagieren.

In dieses Gesamtkonzept gehören für mich unter anderem ein funktionierendes Leerstandsmanagement, ein integriertes Verkehrskonzept und die Harmonisierung mit der geltenden Gestaltungssatzung in der Altstadt – beispielsweise in Bezug auf Möblierung und Sitzgelegenheiten. Ebenso sind konkrete Maßnahmen wie die Neuordnung des Peter-Altmeier-Ufers, die klimaangepasste Umgestaltung des Münzplatzes sowie die Förderung privater Klimaanpassungsmaßnahmen wichtige Bausteine für eine nachhaltige und attraktive Innenstadtentwicklung.

Frage: Wie stellen Sie sich den Zivilschutz in der Altstadt vor?

Antwort: Man muss klar festhalten: Trotz wiederholter Zuschriften und der thematischen Behandlung im Stadtrat liegt die Zuständigkeit für den Zivilschutz nicht bei der Stadt. Aus meiner Arbeit in verschiedenen Gremien zu Sicherheit und Ordnung weiß ich, dass die Bürgermeisterin sowie die Berufsfeuerwehr als zuständiges Amt in enger Abstimmung mit den Landes- und Bundesbehörden kontinuierlich an diesem Thema arbeiten. Sinnvoll wäre es aus meiner Sicht, der Bevölkerung regelmäßig Sachstandsinformationen zu geben, um Transparenz zu schaffen und das Bewusstsein für vorhandene Strukturen zu stärken.

Frage: Teilen Sie eine Priorität für die Attraktivitätssteigerung Florinsmarkt und sehen Sie persönliche Unterstützungsmöglichkeiten bei der Sanierung der Florinskirche?

Antwort: Glücklicherweise ist es gelungen, die Görlitz-Bauten vor dem Verfall zu bewahren. Mit dem neuen Investor wird dieses Ensemble einer neuen Nutzung zugeführt, was sicherlich auch zur Belebung des Florinsmarktes beitragen wird. Durch die geplante Neuordnung der Parkmöglichkeiten am Florinsmarkt sollte zudem der Suchverkehr künftig deutlich reduziert werden.

Die Sanierung der Florinskirche ist zwar kein unmittelbares städtisches Projekt, verdient jedoch jede erdenkliche Unterstützung, da ihre historische Bedeutung eng mit der Geschichte unserer Stadt verknüpft ist. Aus dem städtischen Haushalt sind dafür leider keine finanziellen Spielräume vorhanden. Daher würde ich dieses Thema gerne

gemeinsam mit dem Kulturdezernenten besprechen, um Möglichkeiten der Unterstützung zu prüfen.

Frage: Sichtbarmachung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum ist ein diskutiertes Thema. Haben Sie dazu eine Einschätzung (u.a. zum Umgang mit Jaqueline Diffring und dem leider geschlossenen 24/7 sichtbaren Werkraum)

Antwort: Diese und ähnliche Themen erreichen uns regelmäßig und werden auch immer wieder diskutiert. Ich habe dabei volles Vertrauen in die Arbeit von Matthias von der Bank und seinem Team. Leider gilt Kultur in der kommunalen Finanzierung noch immer als freiwillige Leistung – und so erhält nicht jedes kulturelle Projekt, das es verdient hätte, die Sichtbarkeit, die wünschenswert wäre.

Fakt ist: Man sollte stets zeigen, was man zu bieten hat. Gleichzeitig müssen wir diesen Anspruch jedoch immer im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel abwägen.

Frage: Können Sie sich eine Verwaltungsreformierung zugunsten stärker Bürgernähe und Bürokratieabbau vorstellen? Konkret auch auf eine neue Altstadt-satzung bezogen?

Antwort: Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Stadtrat und den Stadträtinnen und Stadträten ein starkes Organ der Bürgernähe haben. Es ist ein wichtiges Zeichen für unsere Demokratie, wenn sich Bürgerinnen und Bürger in Initiativen engagieren – und entscheidend ist, dass dieses Engagement auch in der Politik Gehör findet, um echte Wirkung zu entfalten.

Als niedrigschwelligen Einstieg hätten wir uns gut die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten vorstellen können. Sie hätten den Menschen vor Ort eine direkte Möglichkeit gegeben, sich für ihren unmittelbaren Lebensbereich einzusetzen – ein klares Plus für die Demokratie und ein starkes Sprachrohr für die Bürger. Leider fand diese Idee damals keine Mehrheit.

Beim Thema Bürokratieabbau sehe ich großes Potenzial in der Vereinfachung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen: standardisierte Online-Formulare, zentrale Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) und transparente Bearbeitungsfristen könnten Abläufe beschleunigen und den Aufwand für Bürger wie Verwaltung gleichermaßen reduzieren. Ergänzend könnten digitale Statusanzeigen den Bearbeitungsfortschritt nachvollziehbar machen. Auch die Einrichtung eines festen Ansprechpartners pro Anliegen würde helfen, Doppelarbeit und Informationsverlust zu vermeiden.